

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Folgenden will ich versuchen, ihre Fragen zusammenhängend zu beantworten!
Einzelne Fragen nur punktuell und wenig erklärend zu beantworten birgt immer die Gefahr, ein schiefes Bild zu zeichnen!

Ich hoffe, ihnen nachfolgend meine/unsere Grüne Position zu Europa erklärend und verständlich vermitteln zu können:

Wir, die Grünen, setzen weiterhin auf die EU weil wir überzeugt sind, dass die derzeitigen Probleme lösbar sind.

Die aktuelle Krise in Europa kann überwunden werden – allerdings nur miteinander. Wir brauchen also mehr Europa und nicht weniger. Wir wollen eine starke Wirtschafts- und Solidarunion statt blindes Kaputtsparen und nationale Ressentiments! Wir wollen ein transparentes und demokratisches Europa statt der Hinterzimmerkungeleien der RegierungschefInnen! Und um dies zu erreichen, brauchen wir eine Weiterentwicklung der Europäischen Verträge durch ein transparentes und demokratisches Verfahren in Form eines öffentlichen, parlamentarisch geprägten Europäischen Konvents unter Einbeziehung der SozialpartnerInnen und der Zivilgesellschaft.

Wir müssen weiter an dem Projekt Europa bauen. Es fehlt eine demokratisch legitimierte, aufeinander abgestimmte Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts- und Sozialpolitik. Dafür brauchen wir wirksamere Steuerungsverfahren und starke Parlamente.

Eine gemeinsame Währung auf der einen Seite ist nicht mit wirtschafts- und haushaltspolitischer Kleinstaaterei auf der anderen Seite zu vereinbaren. Die Aufgabe einer „EU-Wirtschaftsregierung“ wird sein, unter Federführung der Gemeinschaftsinstitutionen (EU-Kommission und Europäisches Parlament) die Verständigung zwischen unterschiedlichen Interessen von EU-Mitgliedstaaten und Regionen demokratisch zu organisieren.

Seit mittlerweile mehr als drei Jahren wollen uns die europäischen RegierungschefInnen weismachen, dass sie beim gerade anstehenden Gipfel den Weg aus der Krise ebnen werden. Anstatt die Probleme an der Wurzel zu packen und darüber zu reden, wie das Fundament der gemeinsamen Währung stabilisiert werden kann, werden bloß die Symptome bekämpft. Statt sich einzugestehen, dass eine vertragliche Weiterentwicklung auf europäischer Ebene unbedingt notwendig ist, werden völkerrechtliche Pakte außerhalb des europäischen Rechts geschlossen und die Parlamente durch das Argument der vermeintlichen Alternativlosigkeit an den Rand gedrängt.

In Deutschland mussten wir Grüne in Karlsruhe vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Bundesregierung klagen, da diese argumentierte, der Euro-Rettungsschirm sei keine Angelegenheit der Europäischen Union. Hätte sich die Bundesregierung durchgesetzt, wäre der Deutsche Bundestag seiner Parlamentsrechte weitestgehend beraubt worden. Statt einer informierten Mitwirkung aufgrund umfassender, frühzeitiger und fortlaufender Unterrichtung wäre dem Bundestag nur das Letztentscheidungsrecht nach dem Motto „Friss oder stirb“ geblieben. Das Bundesverfassungsgericht gab aber unserer Klage vollinhaltlich Recht und wir haben es als kleinste Fraktion im Bundestag (verbunden mit dem Urteil vom 18. Juni 2012) und den darauffolgenden Verhandlungen geschafft, die Informations- und Mitwirkungsrechte des Bundestages in der Europapolitik nicht nur zu verteidigen, sondern auch entscheidend zu verbessern.

Aktuelle Umfragen belegen, dass das Vertrauen der europäischen BürgerInnen in die europäischen Institutionen sinkt. Das ist das Resultat einer falschen und intransparenten

Politik, die in der Krise mehr Probleme geschaffen hat als zu lösen. Durch mehr Bürgerbeteiligung wollen wir die europäische Zivilgesellschaft, die schon beim Kampf gegen die Wasserprivatisierung erfolgreich war, stärken und den Aufbau einer europäischen Öffentlichkeit unterstützen. Die europäische Integration wurde bisher zu stark in Form reiner Regierungszusammenarbeit vorangetrieben. Notwendig ist, die politischen Prozesse auf europäischer Ebene öffentlich sichtbar und transparent zu machen.

Unsere grüne Strategie für mehr Demokratie in der EU setzt auf eine starke Allianz der Parlamente aller Ebenen – und auf die aktive Einmischung der EuropäerInnen. Es geht darum, den BürgerInnen der EU stärkere Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten bei der grundsätzlichen Ausrichtung der Europäischen Union zu geben. Mit der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) steht uns seit 1. April 2012 erstmals ein EU-weites Beteiligungsinstrument zur Verfügung. Bereits die erste EBI war ein voller Erfolg: Nachdem 1,5 Millionen Menschen die Initiative „Wasser ist ein Menschenrecht“ unterzeichnet hatten, schloss die Kommission den Wassersektor von der Konzessionsrichtlinie und damit von der befürchteten Zwangsprivatisierung aus. Wir wollen dieses Instrument weiter ausbauen und den Anwendungsbereich erweitern, so dass auch Initiativen für eine Änderung der Europäischen Verträge möglich werden. Uns geht es darum, allen BürgerInnen der EU stärkere Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten bei der grundsätzlichen Ausrichtung der EU zu geben. Deshalb wollen wir zu gesamteuropäischen Volksentscheiden über maßgebliche Vertragsänderungen kommen. Transnationale Debatten über die Europapolitik müssen gefördert werden.

Die gegenwärtigen Krise zeigt sich besonders in den massiven sozialen Verwerfungen – vor allem bei unseren NachbarInnen im Süden. Die Arbeitslosigkeit ist so hoch wie noch nie. Eine ganze Generation hat das Gefühl nicht gebraucht zu werden. Die Armut wächst dramatisch und die sozialen Sicherungssysteme werden immer mehr ausgehöhlt. Eine europäische Antwort ist längst überfällig: Wir wollen deshalb der EU eine soziale Dimension geben. Das heißt auch soziale Mindeststandards etablieren. Gerade weil der Sozialstaat auf nationaler Ebene immer öfter zur Disposition steht, müssen wir ihn auf der europäischen Ebene verankern. Die aktuell diskutierte Jugendgarantie ist grundsätzlich eine begrüßenswerte Idee, die zuerst von uns Grünen eingebracht wurde. Die nun von den europäischen Regierungen ins Auge gefasste Umsetzung hat jedoch große Mängel, da sie nicht ausreichend finanziert ist und das Geld nur verschoben wurde und so an anderen wichtigen Stellen fehlt.

Bislang gilt, dass der Wettbewerb im Binnenmarkt grenzüberschreitend ist, die soziale Sicherung jedoch an den nationalen Grenzen haltmacht. Diese Schieflage zwischen der Reichweite wirtschaftlicher und sozialer Regelungen muss behoben werden. Nur so kann die Zustimmung der BürgerInnen zur Europäischen Union gewahrt werden. Europaweite Mindeststandards und Regelungskorridore sollen verhindern, dass soziale Standards in den Sog des Standortwettbewerbs geraten.

Zusammengefasst:

- Wir wollen eine demokratisch legitimierte, aufeinander abgestimmte Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts- und Sozialpolitik; hierfür brauchen wir wirksamere Steuerungs- und Überwachungsverfahren und starke Parlamente national wie europäisch; EU-Kommission und EU-Parlament müssen als Garanten für das europäische Interesse hierbei eine entscheidende Rolle spielen.
- Um dieses Ziel zu erreichen wollen wir in einem öffentlichen, parlamentarisch geprägten Europäischen Konvent unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und SozialpartnerInnen unter Führung des Europäischen Parlaments Vorschläge zur Weiterentwicklung der EU erarbeiten.
- Wir wollen das Amt eines/einer EU-KommissarIn für Wirtschaft und Währung schaffen, um den notwendigen Zuwachs an Entscheidungskompetenz auf europäischer Ebene auch personell zu verankern; er/sie soll Vorsitzende/r der Eurogruppe und des ECOFIN werden und individuell wähl- und abwählbar sein; zugleich soll keines der notwendigen Gesetze ohne das EU-Parlament verabschiedet werden.
- Wir wollen die EU-Verträge um eine soziale Fortschrittsklausel ergänzen, um sicherzustellen, dass soziale Schutz- und Arbeitnehmerrechte in der Europäischen Union den gleichen Stellenwert haben wie die Dienstleistungsfreiheit und der Binnenmarkt.
- Wir fordern, dass sowohl Mindeststandards für die Arbeitnehmerrechte aufgebaut
- Wir wollen eine demokratisch legitimierte, aufeinander abgestimmte Wirtschafts-, werden, als auch das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ überall in der EU gelten müssen.
- Wir wollen die Möglichkeiten der Einführung einer europäischen Arbeitslosigkeitsmindestversicherung prüfen und in geeigneter Form mittelfristig einführen.
- Wir wollen eine Stärkung und die Erweiterung des Anwendungsbereichs der Europäischen Bürgerinitiative durchsetzen und diese mittelfristig in Richtung eines europäischen Volksentscheides entwickeln.
- Wir wollen die Möglichkeit europaweiter Referenden schaffen, bei denen alle EU-Bürger nach europäischem Recht über wesentliche Änderungen der EU-Gründungsverträge abstimmen können.

Zur Eurokrise:

Wir wollen die Eurozone langfristig stabilisieren. Dazu die Haushalt nachhaltig und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Herausforderungen sanieren sowie gezielt in nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung investieren. Die hohe Arbeitslosigkeit – vor allem unter Jugendlichen in Südeuropa – ist ein gesamteuropäisches Problem, das wir angehen wollen. CDU/CSU und FDP hingegen findet es ausreichend, wenn in sieben

Jahren (!) ganze sechs (!) Milliarden Euro gegen die Jugendarbeitslosigkeit ausgegeben werden.

Wir brauchen mehr Wachstum in Europa, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Der EU-Haushalt liefert hier keine zukunftsfähige Politik, weil Merkel dagegen war: das meiste Geld geht immer noch an die Großbauern, die kaum für Wachstum und damit Beschäftigung sorgen. Forschung und Entwicklung, Infrastrukturinvestitionen, erneuerbare Energien – Zukunftsfelder liegen dank der strukturkonservativen Haushaltspolitik von Schwarz-Gelb brach.

Den Finanzmarkt regulieren und eine Finanztransaktionssteuer einführen, sowohl für den Aktien- und Anleihehandel als auch für den Derivatehandel.

Steuerhinterziehung und Steuervermeidung in der EU durch gemeinsame Regeln und Gesetze bekämpfen und Steueroasen in Europa schließen. Den ruinösen Steuerwettbewerb zwischen den EU-Mitgliedsstaaten beenden, z.B. durch die Harmonisierung der Unternehmenssteuern und insbesondere durch die Bekämpfung der legalen Steuervermeidung. Die Krisenstaaten haben schon lange kein Ausgaben- dafür aber ein massives Einnahmeproblem und diese Maßnahmen werden das zumindest mildern.

Eine Schuldenbremse für Banken einführen und die europäische Bankenunion mit allen ihren drei Komponenten (Aufsicht, Abwicklung und Einlagensicherung) umsetzen. Neben der gemeinsamen Bankenaufsicht muss auch der Abwicklungsmechanismus und ein Abwicklungsfonds realisiert werden, den die Banken selbst finanzieren. Die Steuerzahler dürfen in Zukunft nicht mehr gezwungen sein, Banken retten zu müssen.

Mit einem Altschuldentilgungsfonds die Probleme der Altschulden nachhaltig lösen. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung hat selbst diesen Vorschlag entwickelt – er wird aber von Merkel ignoriert. Wir wollen die gemeinsame Haftung transparent machen und an klare Bedingungen knüpfen. Dabei wird ein Teil der Schulden vergemeinschaftet – mit strengen Regeln und Auflagen, die jeder Mitgliedsstaat erfüllen muss. Schulden können so kontrolliert und langfristig unter europäischer Aufsicht abgebaut werden und die Programmländer, die Hilfen aus den Euro-Rettungsschirmen bekommen, werden von ihrem Zinsdruck entlasten. Unterstützt werden soll das durch eine europaweite Vermögensabgabe.

Die Anpassungsprogramme in den Krisenländern sozial ausgewogener gestalten und hier gezielt europäische Mittel für Wachstum, Investitionen und Arbeitsplätze einsetzen.

Die gemeinsame Währung um eine abgestimmte Steuer- und Sozialpolitik ergänzen. Diese muss demokratisch legitimiert sein und der parlamentarischen Kontrolle des Europäischen Parlaments unterliegen

Den Fiskalpakt um Investitionen in Wachstum und Beschäftigung ergänzen, damit Europa aus der Rezession kommt. Hierfür sollen europäischen Mittel aus dem EU- Haushalt bereitgestellt werden.

Ich hoffe, dass ich damit die meisten ihrer Fragen beantwortet habe und verbleibe mit freundliche Grüßen.

Torsten Eggelmann
B90/DieGrünen